



Niederschrift

über die 22. Sitzung des Gemeinderates Riegelsberg am **Montag, dem 04.05.2026 um 18:00 Uhr**, im Sitzungssaal, Rathaus Riegelsberg.

Anwesend

Vorsitz

Benjamin Schmidt

Mitglieder

Ute Bernet

Milena Breinig

Petra Brück

Claude Wolfgang Burgard

Dennis Detzler

Ilona Ecken

Michael Grundmann

Dieter Hack

Carmen Helfgen

Thorsten Henkes

Werner Hund

Birgit Huonker

Peter Kerkrath

Stefan Krämer

Claudia Lorenz

Hans Dieter Martini

Stephan Müller-Kattwinkel

Horst Pelzer

Joachim Schild-Schröder

Frank Schmidt

Claudia Schäfer

Helga Selzer

René Selzer

Katja Simon

Sascha Simon

Heiko Walter

Bernd Wegner

Verwaltung

Marc Bohlander

Anna Bossmann

Kay-Timo Fleischmann

Christina Telorac

Abwesend

Mitglieder

Dominik Blaes

entschuldigt

Ludwig Dryander

entschuldigt

Alexander Heinz

entschuldigt

Christian Karmann

entschuldigt

Dieter Schmiedel

entschuldigt

Gäste:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

- | | | |
|-----|---|------------|
| 1 | Modellvorhaben "Saar 66" - Konkrete Umsetzung der Maßnahme | 2026/050 |
| 1.1 | Modellvorhaben "Saar 66" - Konkrete Umsetzung der Maßnahme | 2026/050-2 |
| 2 | Grundsatzbeschluss "Solarpark Hilschbach" | 2026/073 |
| 3 | Abschluss eines neuen Tierbetreuungsvertrages mit dem Tierschutzverein 1924 e.V. Saarbrücken und Umgebung; Hier: Erhöhung der Zuwendung pro Einwohner | 2026/080 |
| 4 | Bildung einer Kommission | 2026/079 |
| 5 | Widerspruch gegen die Festsetzung der Regionalverbandsumlage für das Haushaltsjahr 2026 | 2026/085 |
| 6 | Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges, hier: Schaffung der rechtlichen Grundlagen | 2026/089 |
| 7 | Mitteilungen | |
| 8 | Verschiedenes | |

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass das Gremium nach ordnungsgemäßer Einladung und deren öffentlicher Bekanntmachung beschlussfähig versammelt ist.

Vor Feststellung der Tagesordnung findet eine Einwohnerfragestunde statt.

Die Tagesordnung wird wie oben dargestellt festgestellt.

1	Modellvorhaben "Saar 66" - Konkrete Umsetzung der Maßnahme	2026/050
----------	---	-----------------

1.1	Modellvorhaben "Saar 66" - Konkrete Umsetzung der Maßnahme	2026/050-2 ungeändert beschlossen
------------	---	---

Herr Bürgermeister erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 1 das Modellvorhaben Saar 66 betrifft. Es gehe darum, eine mögliche Partnerschaft mit einem Projektpartner einzugehen, um das Projekt "Beteiligung im Alter" unter dem Trägernamen Saar 66 in Riegelsberg zu etablieren. Die Gemeindeverwaltung Riegelsberg habe mehrere potenzielle Träger angeschrieben. Lediglich der Caritasverband habe eine Antwort gegeben, die den Vorstellungen entsprochen habe. Unter Maßgabe nichtöffentlicher Information habe bereits eine Beratung im Ausschuss stattgefunden. Der Ausschuss habe dem Gemeinderat eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen, den Vertrag mit der Caritas einzugehen und gemeinsam mit der Caritas das Modellvorhaben Saar 66 in Riegelsberg umzusetzen.

Herr René Selzer erkundigt sich, ob der Förderantrag, der voraussichtlich heute durchgehen werde, ein festgelegtes Ende der Maßnahme vorsehe. Er habe den Antrag geprüft und dabei Angaben zum Projektbeginn sowie zum rechtlichen Beginn der Maßnahme gefunden. Er fragt, ob von Seiten der Kommune ein Ende der Maßnahme vorgesehen sei oder ob der Antrag mit einem offenen Ende gestellt werden könne.

Herr Bürgermeister führt aus, dass er in Bezug auf das Projekt keinen Hinderungsgrund sehe, es fortzusetzen, sofern es erfolgreich sei und Einigkeit darüber bestehe, dass es Riegelsberg zugutekomme. Er betont, dass im Falle einer Fortsetzung des Projekts eine erneute Abstimmung im Rat erforderlich sei, um über die weitere Vorgehensweise nach der Projektskizze und der Laufzeit zu entscheiden. Dies müsse jedoch unter dem Vorbehalt der Finanzierung geschehen. Herr Bürgermeister äußert die Ansicht, dass nach drei Jahren eine gute Möglichkeit bestehe, abzuschätzen, ob das Projekt weiterverfolgt werden solle und ob sich die erwarteten Synergieeffekte eingestellt hätten oder nicht.

Frau Birgit Huonker bedankt sich beim Vorsitzenden und erklärt, dass es grundsätzlich positiv sei, wenn sich eine Kommune um ihre älter werdende Bevölkerung kümmere. Sie äußert jedoch ihren Unmut darüber, dass sie regelmäßig beantragen müsse, dass Themen, die im nichtöffentlichen Teil einer Ausschusssitzung behandelt werden, auch im öffentlichen Teil vorgestellt werden. Ihrer Meinung nach betreffe dies die gesamte Bevölkerung und es sei wichtig, dass die Öffentlichkeit über die Pläne der Kommune, insbesondere in Bezug auf das Projekt Saar 66, informiert werde. Sie bedauert, dass die Präsentation der Caritas, die im nichtöffentlichen Teil gezeigt wurde, nicht öffentlich präsentiert wurde. Frau Huonker regt an, dass zukünftig Themen, die die Bevölkerung betreffen, umfassend

in öffentlichen Sitzungen vorgestellt werden sollten. Sie erklärt, dass ihre Fraktion dem Vorhaben zustimmen werde. Abschließend fragt sie, ob die Gemeinde weiterhin die Federführung bei dem Projekt behalte und die Caritas nur unterstützend tätig werde, und ob sie dies richtig verstanden habe.

Herr Bürgermeister erläutert, dass es sich bei der Zusammenarbeit mit der Caritas nicht um eine Beauftragung, sondern um das Schließen eines Kooperationsvertrages handele, welcher die Zusammenarbeit bedinge. Er betont, dass die Gemeinde in der Ausgestaltung sowie in der Festlegung von Zeitpunkt, Art und Ort der Zusammenarbeit die entscheidenden Marker selbst setzen werde. Bezüglich der Frage, ob alle öffentlich relevanten Themen im Gemeinderat vorgestellt werden sollten, führt er aus, dass dies wünschenswert wäre. Allerdings müsse man sich dann darauf verständigen, diese Themen nicht umfangreich im Ausschuss vorberaten zu können, da sonst dieselben Inhalte mehrfach einem Teil des Gemeinderates vorgestellt würden, bevor es zur Beratung komme. Diese grundsätzliche Frage hätte seiner Meinung nach im Zuge der Diskussion zur neuen Geschäftsordnung, die noch vor seiner Amtszeit stattfand, zur Sprache gebracht werden sollen.

Frau Birgit Huonker führt aus, dass es in der Vergangenheit üblich gewesen sei, bestimmte Angelegenheiten zunächst in einem nicht öffentlichen Ausschuss mit den Ausschussmitgliedern zu besprechen. Anschließend sei die Angelegenheit noch einmal in der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Sie habe angenommen, dass dieses Vorgehen weiterhin beibehalten werde, da es sich bewährt habe.

Herr Bürgermeister erklärt, er nehme die Anregung für seine zukünftige Arbeit mit. Er bittet, dass, falls die Ausschussmitglieder in Zukunft auf Themen stoßen sollten, die ihrer Meinung nach in einer Gemeinderatssitzung auch der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollten, sie ihm einen dezenten Hinweis geben mögen.

Herr Frank Schmidt äußert seine Zufriedenheit darüber, dass das Modellvorhaben Saar 66 der Landesregierung nun umgesetzt werden könne, obwohl der Beginn des Projekts schwierig gewesen sei, da es anfangs Unklarheiten über die genaue Bedeutung des Vorhabens gegeben habe. Er berichtet, dass das Projekt bereits zweimal im Kulturausschuss behandelt worden sei, jedoch nicht öffentlich, was den Caritasverband betreffe. Herr Schmidt gehe davon aus, dass die Verwaltung und der neue Bürgermeister den Caritasverband auffordern würden, ihre Ideen öffentlich zu kommunizieren, sobald die Kooperationsvereinbarung geschlossen sei. Dies sei wichtig, damit die Bürgerinnen und Bürger in Riegelsberg über das Vorhaben informiert seien. Er betont die Bedeutung des Projekts, insbesondere für die ältere Generation, und hebt hervor, dass eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Angebote in Riegelsberg erfolgen solle, um eine Vernetzung und die Schaffung neuer Angebote zu ermöglichen. Der präventive Charakter des Projekts solle durch den neuen Generationengestalter oder die neue Generationengestalterin im Vordergrund stehen, da es nach der Corona-Pandemie besonders für ältere Menschen, die allein leben, schwierig geworden sei, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Abschließend bietet Herr Schmidt die volle Unterstützung seiner Fraktion sowohl der Verwaltung als auch dem Caritasverband an.

Herr Bürgermeister dankt Herrn Schmidt für seine Ausführungen und bestätigt, dass Herr Schmidt bereits einige wesentliche Punkte angesprochen habe. Er führt aus, dass Frau Wollbold, die als Seniorbeauftragte auch im nichtöffentlichen Teil der Sitzung anwesend gewesen sei, die Diskussionen in den Ratssitzungen regelmäßig verfolge. Herr Bürgermeister betont, dass das betreffende Projekt im Austausch mit der Öffentlichkeit und anderen Trägern umgesetzt werden müsse. Er berichtet, dass dieses Thema bereits bei einem persönlichen Treffen mit Frau Halladin erörtert worden sei, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Räumlichkeiten. Herr Bürgermeister unterstreicht, dass das Projekt von öffentlicher Beteiligung lebe und nur erfolgreich sein könne, wenn die Öffentlichkeit zum richtigen Zeitpunkt informiert werde.

Herr Dennis Detzler erklärt, dass die Kommune bereits vor einiger Zeit beschlossen habe, sich an dem Modellvorhaben zu beteiligen. Er äußert seine Zufriedenheit darüber, dass mit der Caritas ein geeigneter Projektpartner gefunden worden sei, um das Vorhaben umzusetzen. Er kündigt an, dass man, wie im Ausschuss, auch heute dem Vorhaben zustimmen werde.

Herr Dieter Hack erklärt, dass er sich der vorangegangenen Aussage anschließen könne. Er äußert jedoch ein grundsätzliches Problem bezüglich der geplanten Investition von 60.000 Euro in das Projekt. Er führt aus, dass sich aus diesem Projekt Maßnahmen entwickeln würden, die umgesetzt und dargestellt werden müssten. Herr Hack verbindet damit die Hoffnung, dass es gelinge, die finanziellen Mittel für die Seniorenarbeit bereitzustellen, sei es durch Zuschüsse oder aus dem Gemeindehaushalt. Er betont, dass es nicht ausreichend sei, lediglich theoretische Konzepte oder Arbeitsgruppen zu schaffen. Vielmehr müsse aus der Arbeit konkret etwas für die Senioren hervorgehen, was gegebenenfalls auch erhebliche Investitionen erfordere.

Herr Bürgermeister erklärt, dass allen Ratsmitgliedern bewusst sei, dass es sich um den Startschuss handle und alles Weitere sich daraus ergeben werde. Dies sei der erste Schritt.

Beschluss:

Die Einrichtung eines „Zukunftsbüro66 – Unser Ort im Alter“ mit einem „Generationengestalter“ oder einer „Generationengestalterin“ zur Umsetzung von „Saar66“ im Rahmen der entsprechenden Förderrichtlinie wird durch den Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V. vorgenommen.

Die Gemeinde Riegelsberg stellt das Einvernehmen mit dem Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V. zum Zwecke der Stellung des Förderantrags seitens des Caritasverbandes her.

Die entsprechenden Mittel zur Kofinanzierung des Projektes stehen im Haushaltsplan 2026 unter dem Produktsachkonto 33100100. 53170000 bereit.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	0

2 Grundsatzbeschluss "Solarpark Hilschbach"

2026/073

ungeändert beschlossen

Herr Bürgermeister führt aus, dass der nächste Tagesordnungspunkt den Grundsatzbeschluss zum Solarpark betreffe, welcher bereits in der Einwohnerfragestunde thematisiert worden sei. Die Informationen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden seien, würden nun vorgestellt, wobei ein Teil davon nicht öffentlich präsentiert worden sei. Herr Bürgermeister erklärt, dass im Flächennutzungsplan bereits eine Festlegung zur Nutzung der Fläche getroffen worden sei und diese im Landesentwicklungsplan für Freiflächen-Photovoltaikanlagen gewidmet sein müsse. Er betont, dass dies der erste Schritt sei, der nicht im Rathaus Riegelsberg, sondern bei der Aufstellung des Landesentwicklungsplans erfolgt sei. Diese Information sei öffentlich zugänglich und es sei üblich, dass Vorhabenträger und Investoren für Freiflächen-Photovoltaikanlagen die Landesentwicklungspläne prüfen. Dies geschehe nicht nur in Riegelsberg, sondern auch bei vielen anderen Vorhaben. Anschließend werde eine entsprechende Fläche geplant und der Gemeinde ein Angebot unter bestimmten Rahmenbedingungen vorgestellt, einschließlich der Anzahl der Module und der Beteiligung sowie dem Sitz der Gesellschaft. Der Vorhabenträger sei bereits konkret an die Gemeinde herangetreten. Auf Nachfrage aus dem Rat, ob andere bekannte Akteure im Bereich Photovoltaikanlagen in Betracht

kämen, verneint Herr Bürgermeister dies. Diese Akteure hätten die Informationen ebenfalls erhalten, jedoch Genossenschaftsmodelle als für sie unwirtschaftlich oder uninteressant erklärt. Diese Frage sei in den letzten anderthalb Wochen häufig gestellt worden. Herr Bürgermeister betont, dass die Wirtschaftlichkeit ein entscheidender Faktor für ein solches Vorhaben sei. Nachdem das Projekt umfassend im Ausschuss vorgestellt worden sei, habe dieser einstimmig empfohlen, dem Rat zuzustimmen, dem Vorhaben und dem Aufstellungsbeschluss zuzustimmen. Dies sei jedoch erst der erste Verfahrensschritt seitens des Rathauses, der in der Landesentwicklung gewollt und ausdrücklich gewidmet worden sei.

Herr Joachim Schild-Schröder bedankt sich beim Vorsitzenden und berichtet, dass er gemeinsam mit Ludwig Dryander Recherchen durchgeführt habe. Er führt aus, dass in der letzten Sitzung die Aussage getroffen worden sei, es sollten 50 Megawatt Speicher installiert werden, wofür zwei Container aufgestellt werden sollten, um diese zu beherbergen. Herr Schild-Schröder erklärt, dass ihre unabhängigen Recherchen ergeben hätten, dass in Container dieser Größenordnung keine 50 Megawatt, sondern maximal 5 Megawatt passen würden. Er präzisiert, dass in einen 40-Fuß-Container 5 Megawatt passen könnten, was bei zwei Containern dieser Größenordnung, die jeweils 12 Meter lang, 2,50 Meter breit und hoch seien, insgesamt 10 Megawatt ergäbe. Er bittet darum, diese Diskrepanz mit der Person zu klären, die die ursprüngliche Information vorgestellt habe.

Herr Bürgermeister stellt zwei Rückfragen. Erstens fragt er, auf welcher Rechtsgrundlage im Kommunalselfverwaltungsgesetz (KSVG) dies zu klären sei. Zweitens äußert er, dass die Anzahl der Container, die letztlich aufgestellt werden, weder bauantragsrelevant noch für die Beschlussfassung von Bedeutung sei. Er frage sich, auf welcher Rechtsgrundlage er diese Anfrage an den Rat beantworten solle und ob es für die Entscheidung relevant sei, ob am Ende 34 oder 5 Überseecontainer stehen. Die Fläche sei gewidmet und das Vorhaben sei in Kooperation mit der VSE geplant, die dort eine Trafostation betreibe. Die Fläche sei für die Entwicklung des Projekts gewidmet, und es bestehe bereits Baufreiheit für die Speichertechnik und Schaltanlagen. Diese Information sei eine Randnotiz für den Rat, um zu begründen, dass die Maßnahme erheblich zur Netzstabilität in Riegelsberg beitrage. Dies könne im Zuge des Verfahrens nicht in Frage gestellt werden. Genau genommen handele es sich um eine Information. Sollte der Vorhabenträger den Speicher bereits bauen wollen, bestehe bauordnungsrechtlich jetzt schon eine Grundlage dafür, unabhängig von den PV-Flächen.

Herr Joachim Schild-Schröder fragt nach, ob es sich bei der Diskussion um eine anscheinende Fehlinformation handle. Er gibt an, dass von 50 Megawattstunden die Rede sei, die als Speicher zur Verfügung stünden, und nicht von 2 x 5 Megawattstunden. Dies sei eine völlig andere Größenordnung, da es einen erheblichen Unterschied mache, ob eine Höhe von 2,50 Metern oder von 12,50 Metern gebaut werde.

Herr Dieter Hack bedankt sich beim Bürgermeister und führt aus, dass er sich nach der Behandlung im Ausschuss mit der Bürger Energiegenossenschaft Köllertal, insbesondere mit Herrn Götzinger, über das Thema unterhalten habe. Herr Götzinger habe erklärt, dass er bereits vor einem halben Jahr bei der VSE NET nachgefragt habe, ob er am Standort des Umspeicherwerks einen Speicher betreiben könne. Ihm sei mitgeteilt worden, dass die Leitungskapazitäten und die Infrastruktur an diesem Ort dafür nicht ausreichend seien.

Herr Bürgermeister weist darauf hin, dass das Zitieren aus einem persönlichen Zwiegespräch in den nichtöffentlichen Teil des Ausschusses gehöre und nicht für den öffentlichen Teil des Gemeinderates geeignet sei. Dies gebe er lediglich als Hinweis.

Herr Dieter Hack äußert, ihm fehlten noch Informationen zu einer bestimmten Aussage, die im Raum stehe. Er führt aus, dass es um die Kapazitäten an einem bestimmten Ort gehe. Bei der Beratung sei die Auskunft erteilt worden, dass die Kapazitäten zur Verfügung stünden, obwohl aus einer anderen Perspektive diese nicht vorhanden seien. Herr Hack erklärt, dass dies relevant sei, da eine Bürgerenergiegenossenschaft in Erwägung ziehen könnte, dort Planungssicherheit zu schaffen und ein Pro-

jekt zu entwickeln, einschließlich der Installation eines Speichers. Er fragt, ob die Aussage des Investors, dass die Kapazitäten vorhanden seien, zutreffe, da dies bedeuten würde, dass keine Konkurrenzsituation bestehe und die technischen Voraussetzungen gegeben seien.

Herr Bürgermeister stellt fest, dass mehrere Beteiligte am Tisch säßen und es eine Angelegenheit der Gemeinde Riegelsberg sowie des Energieversorgers sei, mit wem dieser seine Vertragsfreiheit ausüben möchte, die in Deutschland gelte. Er führt weiter aus, dass der Energieversorger berechnete Interessen daran habe, dass der Strom in seinem Netz möglichst grün abgebildet werde. Dies bedeute, dass die bloße Speicherung des Stroms nicht das primäre Interesse des Energieversorgers sei. Vielmehr sei es das Hauptinteresse eines Energieversorgers oder Verteilnetzbetreibers, dass in seinem Netz grüner Strom vorgehalten werde. Dies könne nur dadurch gewährleistet werden, dass jemand eine Photovoltaikanlage errichte. Wenn es für eine Genossenschaft uninteressant sei, eine Erzeugungsanlage für grünen Strom zu errichten, und diese stattdessen beabsichtige, nur lukrative Projekte wie den Bau eines Großspeichers zu verfolgen, sei dies zwar im Interesse der Genossenschaft, jedoch nicht im Interesse der Allgemeinheit. Daraus ergebe sich, dass man als Verteilnetzbetreiber Vorhaben A gut finden könne, während Vorhaben B möglicherweise weniger positiv bewertet werde. Er betont, dass dies jedoch nichts sei, was der Rat in Riegelsberg zu beraten oder zu entscheiden hätte.

Herr Frank Schmidt dankt zunächst und äußert seine volle Zustimmung. Er führt aus, dass der aktuelle Tagesordnungspunkt den Grundsatzbeschluss zur Unterstützung des Projektes einer Freiflächen-Photovoltaikanlage betreffe und nicht einen möglichen Batteriespeicher, wie bereits korrekt festgestellt wurde. Er betont, dass diese Randbemerkung für die heutige Entscheidungsfindung nicht ausschlaggebend sein sollte, da sie nicht beeinflussbar sei. Im Gegensatz dazu könne die Versammlung durch einen möglichen Bebauungsplan Einfluss nehmen, der verabschiedet werden könnte. Herr Schmidt erklärt weiter, dass es zunächst darum gehe, einen entsprechenden Satzungsbeschluss zu fassen, wobei die Versammlung sich aktuell noch in einer früheren Phase befinde, nämlich bei einem Grundsatzbeschluss, um alles Weitere in die Wege zu leiten. Er erinnert daran, dass in der Vergangenheit Projekten zunächst offen gegenübergestanden wurde, indem die notwendigen Informationen eingeholt und entsprechende Planungsbüros beauftragt wurden. Sobald die Informationen vorlagen, sei die Versammlung in der Lage gewesen, eine Entscheidung zu treffen. Herr Schmidt appelliert daher, heute den Grundsatzbeschluss zu fassen, um die weiteren Schritte einzuleiten.

Frau Katja Simon fragt nach, ob die Verwaltung die Vorlage wie beim letzten Mal zugesagt, zuschicken werde, und erinnert an diese Zusage. Sie bedankt sich abschließend.

Herr Bürgermeister erklärt, dass man dies nachholen werde, spätestens jedoch mit der Übermittlung der entsprechenden Protokolle und der Vorlagen solle dies erfolgen.

Herr Dennis Detzler erklärt, dass es bei der aktuellen Diskussion um einen Grundsatzbeschluss gehe, der klären solle, ob die Gemeinde Interesse an der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf der Vorrangfläche habe oder diese begrüße. Er betont, dass sie dem Beschluss, wie bereits im Ausschuss, zustimmen würde. Zur weiteren Erläuterung führt er aus, dass es sich bei der Fläche nicht um Gemeindegut, sondern um eine private Fläche handele. Daher müsse man abwarten, wie sich die Situation entwickle. Herr Detzler stellt klar, dass die Gemeinde dem Vorhaben, wie im Ausschuss dargelegt, offen gegenüberstehe. Ein möglicher Projektierer müsse nun als Antragsteller auftreten, woraufhin das Vorhaben seinen üblichen Weg durch den Rat mit öffentlicher Beteiligung nehmen werde. Abschließend äußert er, dass man die weiteren Entwicklungen dann beobachten werde.

Herr Bürgermeister bedankt sich für den Austausch. Er weist darauf hin, dass Ratsmitglieder die Informationen aus der Sitzung in der Niederschrift nachlesen könnten. Frau Bossmann habe von der Protokollführung die Information gegeben, dass bereits eine entsprechende Anlage hochgeladen sei. Die Niederschrift sei freigegeben, sodass alle Informationen, die im Ausschuss vorgestellt worden

seien, umfassend abgerufen werden könnten. Herr Bürgermeister fragt, ob es weitere Wortmeldungen gebe.

Herr Heiko Walter erklärt, dass er im Namen des Ortsrates spreche. Er führt aus, dass in der letzten Sitzung des Ortsrates über das Thema beraten worden sei. Das Ergebnis dieser Beratung sei, dass der Ortsrat einstimmig dem Beschlussvorschlag zugestimmt habe. Daher empfehle der Ortsrat dem Gemeinderat, den Grundsatzbeschluss zu fassen.

Herr Bürgermeister dankt Herrn Walter für den Hinweis und erläutert, dass er die Angelegenheit bereits abgehakt habe, da er sie gelesen habe. Er kündigt an, in Zukunft den Ortsvorsteher zu fragen, um nicht seinem Vorgänger nachzutun. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet

Beschluss:

Der Ausschuss / Der Ortsrat Riegelsberg empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschlussvorschlag:

Es wird ein Grundsatzbeschluss zur Unterstützung des Projektes einer Freiflächenphotovoltaikanlage im Bereich Hilschbach gefasst.

Der Investor kann ein Planungsbüro zur Erstellung eines Bebauungsplanes beauftragen. Die Verwaltung wird beauftragt weitere Schritte zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	0

Herr Bürgermeister dankt den Anwesenden und stellt Herrn Bohlander vor, einen neuen Mitarbeiter der Bauverwaltung, der heute seinen Einstand im Gemeinderat gibt.

3 Abschluss eines neuen Tierbetreuungsvertrages mit dem Tierschutzverein 1924 e.V. Saarbrücken und Umgebung; Hier: Erhöhung der Zuwendung pro Einwohner

2026/080
ungeändert beschlossen

Herr Bürgermeister berichtet über den Tierbetreuungsvertrag und die geplante Erhöhung der Zuwendung für das Bertha Bruch Tierheim. Er führt aus, dass nach längeren Verhandlungen ein Wirtschaftsprüfer hinzugezogen wurde, der die finanzielle Situation und Wirtschaftlichkeit des Vereins analysiert habe. Auf Grundlage dieser Untersuchung sei eine Erhöhung der Umlage von 0,45 Euro auf 0,90 Euro pro Einwohner für die beteiligten Kommunen gerechtfertigt. Herr Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung vorschlage, dieser Erhöhung zuzustimmen, um die Zuwendung entsprechend anzupassen.

Herr Dennis Detzler führt aus, dass das Thema bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen besprochen worden sei. Damals sei ihr Antrag zurückgezogen worden, um Gelder im Haushalt einzustellen. Er begrüße, dass nun auf Ebene des Regionalverbandes ein entsprechender Vertrag mit dem Tierheim abgeschlossen werden könne. Dies solle sicherstellen, dass zukünftig klar sei, wie mit Fundtieren in Riegelsberg zu verfahren sei und wohin diese gebracht würden. Herr Detzler erklärt, dass sie der heutigen Beschlussvorlage zustimmen werde.

Frau Birgit Huonker führt aus, dass während der Haushaltsberatungen ein Antrag gestellt worden sei, um dem Tierheim Unterstützung zu bieten. Sie begrüße die erzielte Einigung und erinnere daran, dass ursprünglich ein Betrag von 1,50 Euro pro Einwohner angestrebt worden sei, während die Einigung nun bei 0,90 Euro pro Einwohner liege. Sie weise darauf hin, dass das Tierheim in Dillingen

einen höheren Betrag erhalte. Frau Huonker äußere sich positiv über die Einigung und hoffe, dass der Vertrag, der eine längere Laufzeit habe, beim nächsten Mal ohne Verzögerungen durch einen Anschlussvertrag ersetzt werde, da die fünfmonatige Wartezeit für das Tierheim schwierig gewesen sei.

Herr Bürgermeister stimmt Frau Huonker zu und erklärt, dass er sich allmählich an das Beamtentum gewöhne. Er führt aus, dass die erste Frage stets die nach der Zuständigkeit sei und die zweite die nach der Rechtsgrundlage. Die Entscheidung sei auf Grundlage eines Wirtschaftsberichtes getroffen worden und nicht willkürlich, wie es einige möglicherweise bevorzugt hätten.

Herr Frank Schmidt dankt zunächst und bestätigt die Forderung nach Transparenz, die auch vom Verein erhoben worden sei, um die finanzielle Lage zu klären. Er weist darauf hin, dass im Regionalverband ein Tierbetreuungsvertrag bestehe, während in anderen Landkreisen Konsortialverträge üblich seien, weshalb ein Vergleich nicht möglich sei. Er erklärt, dass der bestehende Tierbetreuungsvertrag ausgelaufen sei und betont, dass die Anzahl der in der Gemeinde Riegelsberg gefundenen Fundtiere im Vergleich zur Landeshauptstadt Saarbrücken gering sei. Daher sei es seiner Meinung nach gerechtfertigt, dass die Landeshauptstadt einen größeren finanziellen Beitrag leisten solle. Dennoch zeige man sich paritätisch, indem jede Kommune, vorausgesetzt alle stimmen zu, den gleichen Anteil zahle, um das Tierheim zu unterstützen. Er erläutert, dass die Kosten von 0,90 Euro pro Einwohner aufgrund eines erstellten Gutachtens nachvollziehbar seien und kündigt an, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Bürgermeister bedankt sich bei Herrn Schmidt für dessen ausführliche Darlegungen und fragt, ob es weitere Wortmeldungen gibt.

Herr René Selzer führt aus, dass das Thema der Finanzierung des Bertha Bruch Tierheims bereits seit Jahren im Regionalverband diskutiert werde und die Transparenz des Tierheims seiner Meinung nach weiterhin zu wünschen übrig lasse. Er betont, dass das Tierheim erhebliche Spendeneinkommen habe. Als Tierfreund unterstütze er grundsätzlich mit privaten Spenden Tierheime oder Tierschutzorganisationen. Die Forderung des Tierheims nach einer halben Million Euro empfinde er als unerschämmt. Die 300.000 Euro, die nun über den Regionalverband gezahlt würden, erachte er als ausreichend für das Bertha Bruch Tierheim. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde rechtlich verpflichtet sei, sich um Fundtiere zu kümmern, und erwähnt, dass es im letzten Jahr in Riegelsberg nur zwei Fundtiere gegeben habe. Mit den 0,90 Euro pro Einwohner sei man gut aufgestellt, und es handele sich um eine solidarische Angelegenheit der Verbandsgemeinden. Herr Selzer stimmt dem Vorredner Herrn Schmidt zu, dass Saarbrücken und Großrosseln die meisten Fundtiere hätten. Er äußert jedoch Bedenken hinsichtlich der Vermittlungstätigkeit des Tierheims. Viele Beschwerden erreichten ihn, dass Fundtiere nicht an geeignete Personen vermittelt würden, obwohl die Voraussetzungen gegeben seien. Er vermutet, dass in den letzten fünf Monaten versucht worden sei, eine Überfüllung des Tierheims zu konstruieren, um die zahlenden Kommunen unter Druck zu setzen. Dies halte er als Tierfreund für nicht in Ordnung und regt an, dass die zahlenden Kommunen genauer hinschauen sollten. Abschließend erklärt er, dass man den Beitrag von 0,90 Euro pro Einwohner unterstütze, da man auch für die Fundtiere etwas tun müsse.

Beschluss:

Der Erhöhung der Zuwendung pro Einwohner von 0,45 € auf 0,90 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	0

Herr Bürgermeister führt aus, dass der nächste Tagesordnungspunkt die Bildung einer Kommission betreffe. Gemäß der beschlossenen Geschäftsordnung habe der Gemeinderat zur Besetzung von Stellen ab der Besoldungsgruppe A 7 beziehungsweise ab der Entgeltgruppe 7 eine Kommission zu bilden, die dem Ausschuss eine Einstellung aus den Vorstellungsgesprächen heraus empfehle. Er verweist darauf, dass die Zahl der Mitglieder noch nicht durch die Verwaltung vorgegeben sei.

Herr Dieter Hack führt aus, dass im Ausschuss sowie in der Gruppe mit der neuen Geschäftsordnung bereits Diskussionen stattgefunden hätten. Bei der Festlegung der Mitglieder des Gremiums spreche man sich für eine Lösung aus, bei der die großen Parteien wechselweise die Kommission besetzen und die kleineren Parteien ebenfalls vertreten seien. Er schlägt vor, die Verteilung der Sitze im Ausschuss so zu gestalten, dass die großen Parteien einen Sitz iterativ besetzen, während die kleineren Fraktionen die verbleibenden zwei Sitze je nach Bedarf aufteilen könnten.

Herr Bürgermeister erklärt, dass er der vorangegangenen Aussage nicht vollständig folgen könne und sich in einer kognitiven demokratischen Dissonanz befinde.

Herr Frank Schmidt dankt zunächst und erklärt, dass er sich nicht mehr hundertprozentig erinnern könne, aber Dominik Blaes sei in der Arbeitsgemeinschaft gewesen, die die Geschäftsordnung geändert habe. Diese Arbeitsgemeinschaft habe auch für die Bildung der Personalkommission gestanden. Er führt aus, dass es unstrittig gewesen sei, dass das bisherige Gremium für Vorstellungsgespräche zu groß gewesen sei und dass zukünftig die beiden großen Fraktionen dies abwechselnd übernehmen sollten. Herr Schmidt bittet um Korrektur, falls er sich irre, und fügt hinzu, dass auch die kleineren Fraktionen abwechselnd beteiligt werden sollten. Er äußert, dass es aus seiner Sicht keinen Sinn ergebe, wenn die Beteiligung wechsele, die kleineren Fraktionen jedoch zwei Vertreter hätten und somit mehr Auswahl als die großen Fraktionen. Er bittet nochmals um Korrektur, da Herr Blaes heute nicht anwesend sei.

Herr Bürgermeister erklärt, dass die vorgeschlagene Vorgehensweise für ihn sinnvoll erscheine. Er habe auch Rücksprache mit Frau Telorac gehalten, die eine ähnliche Sichtweise wie Herr Schmidt vertrete. Herr Selzer habe sich ebenfalls gemeldet, möglicherweise könne er zur Klärung beitragen.

Herr René Selzer erklärt, dass seiner Erinnerung nach die Regelung umgekehrt sei. Demnach sollen die beiden großen Fraktionen, CDU und SPD, jeweils einen festen Vertreter in den Gesprächen haben. Die drei kleineren Fraktionen, zu denen auch die FDP gehört, würden abwechselnd einen Vertreter entsenden. Herr Selzer merkt an, dass er gerne Herrn Alexander, der heute nicht anwesend sei, von der FDP mit einbeziehen möchte. Die kleineren Fraktionen würden intern klären, wen sie entsenden. Es seien somit drei Vertreter in den Gesprächen vorgesehen, wobei die CDU und die SPD jeweils einen festen Platz hätten.

Herr Bürgermeister bemerkt, dass er zufriedene Gesichter und wenig Kopfschütteln sehe. Er wiederhole den Vorschlag von Herrn Selzer. Er erteile Frau Huonker das Wort, da sie eine Wortmeldung habe.

Frau Birgit Huonker führt aus, dass sie die Situation anders in Erinnerung habe. Einigkeit bestehe darüber, dass die Anzahl der Vertreter in den Bewerbungsgesprächen zu groß gewesen sei. Man habe vereinbart, dass die größeren Fraktionen jeweils einen Platz in der Bewerbungsrunde einnehmen würden und die kleineren Fraktionen ebenfalls jeweils einen Platz. Die größeren Fraktionen sollten rotieren, während die kleineren Fraktionen dies unter sich ausmachen sollten, sodass jeweils ein Platz für den Gemeinderat vorhanden sei. Frau Huonker äußert, dass man damals hoffnungsvoll gewesen sei, dass sich auch die kleineren Fraktionen einigen könnten, wobei Alexander Heinz ebenfalls

beteiligt sei. Sie sei sich sicher, dass dieses Prinzip im Ausschuss festgelegt worden sei. Sie erinnert daran, dass in dem Kreis gesagt worden sei, dass es schön wäre, wenn sie ihre Ausführungen ohne Unterbrechungen beenden könnte, da sie selbst stets höflich sei und zuhöre. Zudem habe man sich darauf geeinigt, dass die kleineren Fraktionen untereinander abstimmen sollten, abhängig davon, für welches Fachgebiet ein Mitarbeiter eingestellt werden solle. Beispielsweise könne ihr Mann bei der Einstellung eines Ingenieurs beteiligt sein, während bei der Einstellung eines Computerexperten Heiko involviert sein könnte. Frau Huonker betont, dass darüber gesprochen worden sei und Heiko sich daran erinnern könne. Dies entspreche ihrer Erinnerung.

Herr Bürgermeister führt aus, dass er Frau Huonker in diesem Fall zustimmen müsse. Frau Telorac habe einen Vermerk dazu erstellt. Es sei vereinbart worden, dass die beiden großen Parteien abwechselnd und rotierend die kleinen Parteien jeweils einen Sitz teilen sollten, um zu vermeiden, dass mehrere Personen immer vor den potenziellen Bewerbern sitzen.

Herr Bürgermeister stellt fest, dass es keine Widerworte mehr gebe und alle sich an das erinnern sollten, was Frau Telorac niedergeschrieben habe. Der Beschlussvorschlag solle entsprechend lauten, dass die beiden großen Parteien abwechselnd und rotierend auch die kleinen Parteien jeweils einen Teilnehmer an der Kommission bestimmen würden. Er bemerkt, dass dies auf Zustimmung stoße.

Herr Dennis Detzler führt aus, dass die CDU und die SPD in der Überarbeitung der Geschäftsordnung einen Vorschlag unterbreitet hätten. Er könne sich nicht an eine Sitzung erinnern, in der im Nachgang Einigkeit erzielt worden sei. Sollte dies heute der Fall sein, wäre dies erfreulich. Er betont, dass bei den darauf folgenden Sitzungen, die auch protokolliert seien, stets kleine Parteien gefehlt hätten, was dazu geführt habe, dass die Angelegenheit immer wieder verschoben worden sei. Der Vorschlag habe auf dem Tisch gelegen, und man könne damit leben, wenn zukünftig jede Fraktion jemanden entsende. Er erklärt, dass man auch mit anderen Dingen zufrieden sei, obwohl Herr Heinz nicht anwesend sei und er nicht wisse, wie die FDP die Angelegenheit sehe. Wenn es funktioniere, könne man auch andere Wege in Betracht ziehen. Herr Detzler schlägt vor, die Angelegenheit im Ausschuss zu diskutieren. Er wiederholt, dass der Vorschlag von CDU und SPD gemacht worden sei, um sicherzustellen, dass Vorstellungsgespräche nicht überlagert würden, da einige nicht teilnehmen könnten. Er hebt die Bedeutung der Vorstellungsgespräche hervor und erklärt, dass der Eindruck des Fachbereichsleiters, der an den Gesprächen teilnehme, ausschlaggebend sei. In 95 % der Fälle sei der Meinung des Fachbereichsleiters gefolgt worden, da die neuen Mitarbeiter mit ihm zusammenarbeiten müssten. Der Gemeinderat habe nie konträre Entscheidungen getroffen. Letztlich entscheide der Gemeinderat über die Einstellung und nicht die Kommission. Herr Detzler zeigt sich offen für verschiedene Vorschläge, die auf dem Tisch lägen und schlägt vor, entweder die zweier Variante zu wählen oder bei sechs Mitgliedern zu bleiben. Er sei offen für Diskussionen im Ausschuss oder mit den Fraktionsvorsitzenden und sei bereit, heute Entscheidungen zu treffen.

Herr Bürgermeister äußert, dass es den Anwesenden freistelle, erneut über das Thema zu diskutieren. Er stellt jedoch die Frage, ob dies zielführend sei, da in Kürze diverse Einstellungen anstünden. Er führt aus, dass es im Interesse aller sei, eine möglichst zügige Terminfindung zu gewährleisten, um dadurch eine schnellere Einstellung zu ermöglichen.

Herr Frank Schmidt dankt Frau Telorac für den entsprechenden Vermerk, den sie gemacht habe. Er führt aus, dass dieser Vermerk vollständig mit dem übereinstimme, was seiner Erinnerung nach besprochen worden sei, zumindest zwischen den zwei großen Fraktionen. Herr Schmidt stellt den Antrag, die Kommission entsprechend des Vermerks der Verwaltung zu besetzen.

Herr Bürgermeister begrüße den Vorschlag und wolle darüber abstimmen lassen. Er bitte um ein Handzeichen von denjenigen, die dem Beschlussvorschlag Folge leisten könnten.

Herr Dennis Detzler fragt, ob die aktuelle Situation zufriedenstellend sei und zitiert aus der Beschlussvorlage. Er äußert, dass es wünschenswert sei, Einstimmigkeit zu erzielen.

Herr Bürgermeister stellt fest, dass die Abstimmung einstimmig erfolgt sei, da es keine Gegenstimmen gegeben habe. Er erläutert, dass Enthaltungen als Nichtstimmen gezählt würden und somit die Entscheidung trotz drei Enthaltungen einstimmig sei. Er betont, dass das Ergebnis demokratisch korrekt sei und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Herr Dennis Detzler fragt, ob noch die Personen für die Kommission benannt werden müssten.

Herr Bürgermeister erläutert, dass die Benennung der Vertreter, die im Wechsel tätig sein sollten, nun erfolgen könne. Er schlägt vor, dass diese auch nachgereicht werden könne, da es erforderlich sei, sich von Stelle zu Stelle abzustimmen. Herr Bürgermeister betont, dass es wichtig sei, dass die großen und kleineren Fraktionsvorsitzenden ins Gespräch treten und sich verständigen. Er nennt dabei die Namen Schmidt, Detzler sowie Vertreter der Grünen, Linken und AfD gemeinsam mit Herrn Heinz. Herr Bürgermeister merkt an, dass dies noch abgestimmt werde. Abschließend äußert er, dass er nach der Beratung zuversichtlich sei, dass dies umgesetzt werden könne.

Beschluss:

Es wird eine Kommission mit dem Namen „Personalkommission“ gemäß § 24 Absatz 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Riegelsberg gebildet.

Die Zahl der Kommissionsmitglieder der „Personalkommission“ wird gemäß § 24 Absatz 5 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat auf zwei festgesetzt.

1. Platz: CDU und SPD abwechselnd
2. Platz: Grünen, Linken, AfD und FDP rotierend

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	0	3

5 Widerspruch gegen die Festsetzung der Regionalverbandsumlage für das Haushaltsjahr 2026

2026/085
ungeändert beschlossen

Herr Bürgermeister erklärt, dass der nächste Tagesordnungspunkt, ein nachträglich hinzugefügter Punkt, einige Herausforderungen mit sich gebracht habe, jedoch nicht weniger wichtig sei. Er führt aus, dass die Gefahr bestanden habe, dass der Widerspruch gegen den Bescheid zur Regionalverbandsumlage überfristet werde. Daher habe er dem Bescheid widersprochen, unter dem Vorbehalt, dass der Rat diese Auffassung teile, um die Regionalverbandsumlage einer umfassenderen Prüfung zu unterziehen. Herr Bürgermeister verweist auf einschlägige Rechtsprechung und merkt an, dass das Problem nicht vollständig in die Verantwortung des Regionalverbandes falle. Er betont, dass nach dem Austausch aller Argumente eine politische Willensbekundung erforderlich sei. Sollte diese bei der Haushaltsaufstellung des Regionalverbandes nicht angemessen an das Land oder den Bund weitergegeben werden, müssten die Kommunen signalisieren, dass sie an ihre Grenzen stoßen. Herr Bürgermeister erläutert, dass die Prognose für die Regionalverbandsumlage im nächsten Jahr vorsehe, dass die Hälfte des Jahreshaushaltes an den Regionalverband gehe, was die Kommune in ihrer Handlungsfähigkeit stark einschränke. Aus diesem Grund habe er den Widerspruch als notwendig

erachtet. Er betont, dass dies kein Alleingang gewesen sei, sondern ein abgestimmtes Vorgehen mit anderen Bürgermeister*innen des Kreises, koordiniert über die Bürgermeistergruppe des saarländischen Städte- und Gemeindetages. Er informiert, dass bis Donnerstagabend fünf weitere Kommunen bereits Widerspruch eingelegt hätten und weitere dies planten.

Herr Frank Schmidt bedankt sich zunächst und stellt anschließend eine Frage. Er weist darauf hin, dass laut Tagesordnung der Bescheid am 30. März zugegangen sei und die Frist am 30. April abgelaufen sei. Frau Telorac habe soeben den schriftlichen Widerspruch mit dem Datum vom 29. April übergeben, auf dem vermerkt sei, dass es am 29. April zur Post gegeben worden sei. Herr Schmidt fragt, ob das Schreiben per einfachem Brief oder per Einschreiben versandt worden sei, da nur bei einem Einschreiben ein Zugangsnachweis bestehe. Ohne diesen Nachweis könne nicht bewiesen werden, dass das Schreiben beim Regionalverband eingegangen sei, was bedeuten würde, dass die Frist veräusert worden wäre.

Herr Bürgermeister führt aus, dass die Post per Einschreiben und Rückschein aufgegeben worden sei.

Herr Frank Schmidt erläutert, dass der Rückschein bestätigt, dass die Zustellung erfolgt sei. Er führt aus, dass aufgrund der neuen Postnovellierung die Post nicht mehr innerhalb von zwei Tagen, sondern spätestens am vierten Tag zustellen müsse. Er weist darauf hin, dass das Problem darin bestehe, dass die Zustellung in der Regel nicht mehr von heute auf morgen erfolge.

Herr Bürgermeister erklärt, dass er den QR-Code der DHL vor sich habe und diesen gerne mit seiner DHL-App scannen könne. Vorbehaltlich der Antwort sei er in der Lage, direkt darauf zu reagieren. Er stellt die Frage, ob die Not der Kommunen gesehen werde oder ob man sich im Detail des deutschen Postwesens verliere. Diese Frage richte er an die SPD-Fraktion. Er betont, dass trotz der Möglichkeit eines fristgerechten Widerspruchs die Zustimmung oder Nichtzustimmung des Rates für das weitere Verfahren von Bedeutung sei. Ein Eingehen auf das Thema sei aus seiner Sicht zielführender, insbesondere im Kontext, dass sechs weitere Kommunen folgen könnten. Zumindest sei dies der Stand von Donnerstagabend, was ebenfalls eine Botschaft darstelle. Herr Bürgermeister führt weiter aus, dass es auch eine Botschaft wäre, wenn der Regionalverband angesichts der Wichtigkeit des Themas, über das gesprochen werde, streng nach Verwaltungsverfahrensgesetz handle und nicht mehr darauf eingehe, weil es einen Tag später eingegangen sei. Diese Botschaft nehme er gerne zur Kenntnis und sei bereit, sie vor einer Kamera eines öffentlichen Fernsehsenders entsprechend zu kommentieren.

Frau Ute Bernet bedankt sich dafür, dass Maßnahmen ergriffen wurden, obwohl noch keine Abstimmung stattgefunden habe, um die Frist zu wahren. Sie hoffe, dass nun auch postalisch alles geregelt sei. Sie spreche ihren Dank für die Abstimmung mit den anderen Bürgermeister*innen aus und betone die Notwendigkeit finanzieller Mittel, um handlungsfähig zu sein und spezifische Anliegen des Ortes zu bearbeiten, die nicht den gesamten Regionalverband betreffen. Abschließend äußere sie die Hoffnung auf Erfolg und die Möglichkeit, mehr Projekte vor Ort umzusetzen.

Frau Birgit Huonker erklärt, dass sie und ihre Fraktion erfreut über den vorliegenden Widerspruch seien. Sie betont, dass sie sowohl Mitglied der Regionalversammlung als auch des Gemeinderats sei und im Regionalverband beobachte, wie die Kosten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe stark anstiegen. Sie äußert, dass sie nicht glaube, dass der Regionalverband unnötig Gelder verschwende, jedoch seien die Kosten derart gestiegen, dass die Kommunen kaum noch finanziellen Spielraum hätten. Frau Huonker stellt fest, dass die Kommunen und der Regionalverband sich gegenseitig finanziell schwächen, um überleben zu können. Sie begrüßt das politische Signal, das mit dem Widerspruch gesetzt werde, und betont, dass es nicht mehr tragbar sei, dass die Kommunen keine Mittel mehr für gestalterische Maßnahmen hätten. Sie verweist auf die Haushaltsberatungen im Regionalverband, bei denen das Konnexitätsprinzip mehrfach kritisiert worden sei. Dieses Prinzip besage, dass derjenige, der eine Aufgabe bestelle, auch für deren Kosten aufkommen solle. Frau Huonker erklärt, dass der Bund viele Aufgaben an das Land übertrage, welches diese wiederum an die Kommunen

weitergebe, jedoch blieben immer Kostenanteile an den Kommunen hängen. Sie spricht sich dafür aus, dass das Land, der Regionalverband oder die Kommunen einen Konnexitätsbericht erstellen sollten, um die Aufgaben und die damit verbundenen Kosten transparent darzustellen. Sie wünscht sich, dass klar aufgezeigt werde, welche Aufgaben von den oberen Ebenen zugewiesen werden, welche finanziellen Mittel dafür bereitgestellt würden und welche Kosten tatsächlich von den Kommunen getragen werden müssten. Frau Huonker versichert, dass ihre Fraktion die Initiative vollumfänglich unterstützen werde, und bedankt sich für die Initiative.

Herr Bürgermeister gibt an, dass beim Upload der Vorlage ein Fehler unterlaufen sei, weshalb der Widerspruch erst heute als Tischvorlage vorliege. Er erklärt, dass dieser Widerspruch darauf eingehe, dass die Kommune am Ende des Tages nicht transparent erkennen könne, wo die freiwilligen Ausgaben des Regionalverbandes lägen und wo die Pflichtaufgaben seien. Zur Einordnung des Sachverhaltes müsse den Ratsmitgliedern klar sein, dass die Gemeinde Riegelsberg um die Erledigung ihrer Pflichtaufgaben beraubt werde, wenn die Regionalverbandsumlage durch freiwillige Umlagen eine Höhe erreiche, die die Gemeinde handlungsunfähig mache. Er führt aus, dass freiwillige Leistungen des Regionalverbandes gegen notwendige Sanierungen der Turnhalle und der Schultoilette sowie gegen die Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges ausgespielt würden. Wenn diese Zeichen erkannt würden, sei es ein Signal, wenn nahezu alle Bürgermeister eines Kreises einen Widerspruch einlegten und dadurch der Regionalverbandsdirektorin die Munition gäben, die sie benötige, um gegenüber Land oder Bund die entsprechenden Weiterforderungen zu formulieren. Er verweist darauf, dass dies auch aus der Diskussion des SSGT hervorgegangen sei und bittet darum, dem Widerspruch Folge zu leisten und zuzustimmen. Herr Bürgermeister erwähnt eine Wortmeldung von Herrn Selzer und fügt hinzu, dass es gelungen sei, den QR-Code zu scannen. Der Empfänger habe ein Postfach, in das zugestellt worden sei, jedoch sei die Sendung im Postfach noch nicht entnommen worden.

Herr René Selzer führt aus, dass der Regionalverband "Am Schlossplatz 1" einen Briefkasten habe, den er selbst bereits zweimal genutzt habe. Er erläutert, dass man einfach hinfahre, ein Foto mache, während man das Schreiben einwerfe, und es somit rechtmäßig zugestellt sei. Diese Vorgehensweise spare eine Fahrt nach Saarbrücken und die Postgebühren. Herr Selzer äußert seine Vermutung, dass der Widerspruch aufgrund von Verfristung verworfen werde, was er bedauere. Er zeigt sich erfreut darüber, dass sich die Kommunen, insbesondere Riegelsberg, gegen die Regionalverbandsumlage wehren. Bereits im letzten Jahr habe er mit einem solchen Widerstand gerechnet, da die Situation schon damals kritisch gewesen sei. Herr Selzer wundert sich über das politische Verhalten in der Regionalversammlung, in der viele kommunale Vertreter sitzen würden, die auch in Gemeinderäten oder Stadträten tätig seien. Er kritisiert, dass diese Vertreter nicht ihre politische Verantwortung für ihre Heimatgemeinden wahrnähmen, sondern lediglich ihre Zustimmung durch Handheben signalisierten. Er betont, dass man sich im Regionalverband Gedanken darüber machen müsse, dass man eine Kuh nicht bis zum Tod melken könne. Er schlägt vor, gegebenenfalls einen Haushalt abzulehnen, um den Regionalverband unter Zugzwang zu setzen und die Landesregierung zum Handeln zu bewegen, bevor die Situation eskaliere. Abschließend appelliert Herr Selzer an die Mandatsträger, ihre politische Verantwortung auch in ihren Heimatorten wahrzunehmen.

Herr Frank Schmidt äußert, dass er als Jurist zunächst prüfe, ob ein Widerspruch fristgerecht eingegangen sei. Er betont, dass es den Kommunen im Saarland finanziell nicht gut gehe, da sie immer mehr Aufgaben übernehmen müssten, jedoch zu wenig finanziellen Spielraum hätten. Er berichtet, dass im Landtag beschlossen worden sei, das Gesetz über den Saarlandpakt für die nächsten zwei Jahre zu modifizieren, um den Kommunen mehr finanziellen Handlungsspielraum zu geben. Dies sei eine Notlösung, da die Stadt Püttlingen andernfalls ihren Haushalt nicht hätte beschließen können. Herr Schmidt stellt die grundsätzliche Frage, welchen Nutzen ein verwaltungsgerichtliches Verfahren gegen die Kreisumlagen habe, da der Bund Gesetze beschlossene habe, die den Ländern Aufgaben auferlegten, ohne ausreichende Finanzierung. Er gibt an, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde und abwarten wolle, wie andere Kommunen reagieren. Er zweifelt an einem positiven Ausgang, da über 90 Prozent der Ausgaben des Regionalverbands Pflichtaufgaben

seien. Er erwähnt, dass Dominik Blaes, Mitglied der Regionalversammlung, ebenfalls nicht mit einem Widerspruch mitgehen würde. Daher vertraue er auf dessen Einschätzung und die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Bürgermeister führt aus, dass im Verwaltungsverfahrensgesetz vorgesehen sei, dass Bescheide erteilt werden, denen regelmäßig widersprochen werde oder die angenommen würden. Er betont, dass es nichts kaputt mache, einem Bescheid zu widersprechen und diesen Widerspruch zu einem späteren Zeitpunkt zurückzuziehen, falls sich neue Sachverhalte oder Erkenntnisse ergäben, auf deren Grundlage der Rat oder der Ausschuss betraut werden könnte. Er habe um eine entsprechende Eingabe bei der nächsten Bürgermeisterbesprechung bei Frau Regionalverbandsdirektorin gebeten, und dieses Thema werde dort sicherlich Tagesordnungspunkt sein. Herr Bürgermeister merkt an, dass nicht nur der saarländische Städte- und Gemeindetag, sondern auch der deutsche Städte- und Gemeindetag entsprechende Themen diskutiere. Viele seiner Bürgermeisterkollegen aus dem Saarland seien aktuell zu politischen Gesprächen in Berlin, an denen er ebenfalls teilgenommen hätte, jedoch sei ihm die Teilnahme an seiner ersten Gemeinderatssitzung als Bürgermeister wichtiger gewesen, weshalb er anwesend sei. Er erklärt, dass die steigende Kreisumlage und die Belastung für die Kommunen ein Thema sei, das auch in Berlin besprochen werde. Er betont, dass irgendwann der Startschuss kommen müsse und er nicht bereit sei, als Chef der Verwaltung abzuwarten, bis die Situation untragbar werde, wie es in Püttlingen der Fall gewesen sei. Er wolle versuchen, dies abzuwenden, und deshalb habe er Widerspruch eingelegt.

Herr Dennis Detzler äußert sich zu der Thematik und hebt zwei wesentliche Punkte hervor. Er betont, dass er bereits in der Haushaltssitzung auf den dringenden Handlungsbedarf hingewiesen habe, da abzusehen sei, dass die Regionalverbandsumlage steigen werde und in den kommenden Jahren weiter steigen werde. Er stellt klar, dass er den Regionalverband Saarbrücken nicht als Gegner sehe, sondern als Partner innerhalb einer Verantwortungsgemeinschaft mit den zehn Kommunen des Regionalverbands. Er empfiehlt, das Gutachten des Städte- und Gemeindebundes aus dem November zu betrachten, in dem Peter Müller, ehemaliger Ministerpräsident, die finanzielle Lage der saarländischen Kommunen einschätze. Detzler kritisiert, dass das Konnexitätsprinzip seit 20 Jahren in Deutschland keine Anwendung mehr finde, wodurch der Bund Aufgaben an die Länder übertrage, die diese dann an die Landkreise und Kommunen weitergeben würden. Er weist darauf hin, dass jede Kommune in Deutschland gemäß Artikel 28 des Grundgesetzes ein Recht auf Selbstverwaltung habe, was eine Mindestquote von 10% der Haushaltsmittel für freiwillige Leistungen bedeute. Diese sei jedoch nicht gegeben, und einige Städte wie Friedrichsthal könnten keine freiwilligen Leistungen mehr erbringen. Detzler spricht sich dafür aus, gemeinsam mit dem Regionalverband zu handeln und begrüßt den Widerspruch von Quierschied und Friedrichsthal gegen die aktuelle Situation. Er appelliert, rechtliche Handlungsoptionen zu prüfen, wie etwa eine Kommunalverfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht oder ein Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht im Rahmen der Konnexität. Er hoffe, dass der Regionalverband als Partner agiere und dass durch gemeinsames Handeln Fortschritte erzielt werden könnten, da die derzeitige Situation in den kommenden Jahren nicht haltbar sei. Abschließend bedankt er sich.

Herr Bürgermeister erläutert, dass er die Situation nicht so sehe, dass die Gemeinde gegen den Regionalverband vor Gericht stehe. Vielmehr betone er, dass es notwendig sei, gemeinsam mit dem Regionalverband und in der Bürgermeisterrunde im Kreis an einem Runden Tisch zusammenzukommen, um Handlungsoptionen zu besprechen. In der Tischvorlage habe er darauf hingewiesen, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes das institutionelle Selbstverwaltungsrecht und die Selbstverwaltungsgarantie gefährdet seien. Dies sei die Grundlage für die Diskussion. Herr Bürgermeister betont, dass nicht der Regionalverband, sondern der Bund und das Land für die Gewährleistung der Verfassungsrechte zuständig seien und dies dort diskutiert werden müsse.

Herr Dieter Hack bedankt sich beim Bürgermeister und erklärt, dass er die Gemeinde im Schulter-schluss mit den anderen Kommunen sehe. Er betont, dass es ein wichtiges Signal sei, das nach außen

gesendet werde, und zeigt sich erfreut darüber, dass der Widerspruch hoffentlich form- und fristgerecht eingelegt worden sei. Er hebt hervor, dass es nicht nur um die verfahrenstechnische Angelegenheit gehe, sondern auch um das Signal der Solidarität mit den anderen Kommunen, das die Gemeinde auszeichne. Herr Hack ist der Ansicht, dass die Lösung gemeinsam erarbeitet werden solle, da man zusammen stark sei. Er bedankt sich erneut dafür, dass der Widerspruch entsprechend formuliert worden sei und dass man in diesem Sinne mit den anderen Kommunen versuche, das Ganze gemeinsam voranzubringen.

Herr Bürgermeister fragt, ob es weitere Wortmeldungen zum Thema gebe. Anschließend erklärt er, dass er über den Tagesordnungspunkt abstimmen lassen wolle.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die vom Bürgermeister vorsorglich vorgenommene Einlegung des Widerspruchs gegen den Bescheid des Regionalverbandes vom 18.03.2026 zur Festsetzung der Verbandsumlage für das Haushaltsjahr 2026.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	7	1

6 Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges, hier: Schaffung der rechtlichen Grundlagen 2026/089 ungeändert beschlossen

Herr Bürgermeister führt aus, dass die Situation einen Nachtrag zum aktuellen Tagesordnungspunkt erforderlich gemacht habe. Er begrüße den stellvertretenden Wehrführer und weitere Kameraden der Feuerwehr, die anwesend seien. Aus der Vorlage sei ersichtlich, dass ein wasserführendes Löschfahrzeug in Walpershofen mit einer großen Pumpe Störgeräusche verursacht habe. Ein Servicetechniker habe das Fahrzeug in zwei Terminen vor Ort in der Wache in Riegelsberg überprüft und dabei einen irreparablen Schaden an der Pumpe festgestellt. Da der Hersteller seit mehreren Jahren nicht mehr am Markt sei, gebe es keine Ersatzteilversorgung, auch nicht auf dem zweiten Markt. Alle Versuche, eine Übergangslösung zu finden, wie etwa ein Gebraucht- oder Mietfahrzeug, seien nicht zielführend gewesen. In der letzten Haushaltsberatung seien bereits 650.000 Euro zur Beschaffung eines Nachlogefahrzeugs beschlossen worden. Aufgrund des plötzlichen Ausfalls des Fahrzeugs bestehe die Option, einen Sonderbeschaffungsweg zu gehen. Herr Bürgermeister und der Feuerwehrsachbearbeiter Sven Pelzer hätten beim Deutschen Feuerwehrverband in Berlin eine Beratung über Vergabeoptionen erhalten. Dabei sei durch Hinzuziehung des Rechtsanwaltes Rudolf Weiher von Gavoa herausgekommen, dass eine zehntägige Ausschreibung über das europäische Transparenzregister angestrebt werden könne. Nach dieser Ausschreibung werde mitgeteilt, welche Vergabe die Gemeinde Riegelsberg im Rahmen der erweiterten Gefahrenabwehr beabsichtige. Falls keine Widersprüche aus der anschließenden Veröffentlichung im europäischen Transparenzregister hervorgingen, könne ein Feuerwehrfahrzeug beschafft werden, sofern die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt seien. Herr Bürgermeister schlägt vor, ihn mit der Ausschreibung zu beauftragen und Herr Weyand sowie die technische Vergabestelle der Feuerwehr Völklingen mit dem Erstellen der Beschaffungsliste und der technischen Ausschreibung zu betrauen. Die Veröffentlichung solle über das europäische Vergabeportal erfolgen, auch mit dem Hinweis auf die verkürzte Frist. Angebote würden eingehen und nach der Bewertung, insbesondere unter Berücksichtigung der möglichst kurzen Verfügbarkeit des Fahrzeugs, geprüft. Eine Bewertungsmatrix werde erstellt, die den Preis erst nach der Verfügbarkeit berücksichtige. Vorbehaltlich der Vorlage entsprechender Angebote könne das Ergeb-

nis im Transparenzregister veröffentlicht und der Zuschlag an den Hersteller erteilt werden, sobald eine Einzelpostenhaushaltsfreigabe vom Landesverwaltungsamt vorliege. Herr Bürgermeister betont, dass der vorgeschlagene Weg durch das Vergaberecht vorgezeichnet sei und es keine Alternativen gebe. Ein anderer Weg würde eine erhebliche Verwaltungsbelastung durch Sondersitzungen des Gemeinderats mit verkürzter Ladungsfrist bedeuten. Abschließend fragt Herr Bürgermeister, ob es Fragen oder Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt gebe.

Herr René Selzer erkundigt sich, ob die geplante Anschaffung eines geländegängigen Löschfahrzeugs mit Allradantrieb, für die seiner Erinnerung nach 650.000 Euro eingestellt wurden, eine langfristig geplante Neuanschaffung oder eine reine Ersatzbeschaffung für ein ausgefallenes Fahrzeug sei.

Herr Bürgermeister erläutert, dass die Beschaffung eines neuen Fahrzeugs erforderlich sei. Dies gehe aus einem Nachtrag hervor, den er per E-Mail an die Fraktionsvorsitzenden gesendet habe. Das Fahrzeugkonzept des SOS Kreises Managements für die Gemeinde Riegelsberg aus dem Jahr 2023 sehe vor, dass das Nachfolgefahrzeug für das ausgefallene LF 16 ein TLF 4000, ein Tanklöschfahrzeug 4000, sein solle. Er führt weiter aus, dass die besondere Gefahr von Waldbränden, die zunehmend auf die Gemeinde zukomme, sowie das nicht mehr intakte Wasserversorgungsnetz in allen Ortsteilen berücksichtigt werden müssten. Aus diesen Gründen sei die Vorlage dahingehend, ein TLF 4000 zu beschaffen.

Herr René Selzer fragt, ob er eine weitere Nachfrage stellen könne. Er bedankt sich zunächst für die Beantwortung der vorherigen Frage und erkundigt sich anschließend, ob es Erfahrungswerte gebe, wie schnell ein solches Fahrzeug im besten Fall beschafft werden könne.

Herr Bürgermeister führt aus, dass der im Protokoll aufgezeichnete Beschaffungsweg für ein Feuerwehrfahrzeug auf der aktuellen Rechtsgrundlage erst seit wenigen Monaten möglich sei. Vergaberechtlich sei ein solcher Weg im Saarland bisher im Detail noch nicht beschritten worden. Er erläutert, dass die Möglichkeit bestehe, eventuell aus einer Sammelbestellung von Großbestellern wie BASF Friedrichshafen oder Siemens zu profitieren. Eine Werkfeuerwehr könnte Überhangkontingente haben, die auf dem Markt verfügbar werden. Zudem könnten Interschutzfahrzeuge, die im Rahmen der Feuerwehrleitmesse in Hannover noch nicht zugeteilt seien, das Anforderungsprofil erfüllen. Herr Bürgermeister betont, dass aus diesem Grund eine Transparenzausschreibung erfolgen solle, um die Ergebnisse hinsichtlich der möglichst kurzfristigen Verfügbarkeit zu klären.

Herr Frank Schmidt erklärt, er wolle eigentlich nicht viel dazu sagen, da der Sachverhalt bereits umfassend vorgetragen worden sei. Er betont, dass schnell gehandelt werden müsse, da es kein Dauerzustand sein könne, dass die Feuerwehren aus Püttlingen und Heusweiler aushelfen, weil diese gegebenenfalls selbst zu einem Einsatz müssten und dann nicht zur Verfügung stünden. Daher sei Eile geboten, und es sei für die Mitglieder des Gremiums selbstverständlich, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen, wie sie es in der Vergangenheit immer getan hätten. Wenn die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr Riegelsberg die Unterstützung des Gemeinderats benötigten, hätten sie diese immer erhalten und würden sie auch heute erhalten.

Herr Bürgermeister dankt zunächst für den Hinweis und betont dessen Wichtigkeit. Er erklärt, dass er den Kollegen aus Heusweiler und der Kollegin aus Bückling unmittelbar nach der Auswahl des Fahrzeuges in Kenntnis gesetzt habe, insbesondere angesichts der besonderen Situation, dass ein weiteres Fahrzeug zur planmäßigen Revision ins Werk nach Ulm verbracht wurde. Er habe den Kollegen und der Kollegin mitgeteilt, dass sie sich nicht irritieren lassen sollen, falls in den nächsten zwei bis drei Wochen bei Einsätzen, die über einen Papiercontainerbrand hinausgehen, auch Löschfahrzeuge aus Heusweiler oder Püttlingen nach Riegelsberg beordert würden. Dies sei kein selbstgewähltes Schicksal, sondern werde durch die Alarm- und Ausrückordnung, die Bestandteil der Brandschutzsatzung sei, vorgegeben. Es sei notwendig, rechtssicher zu handeln, da sich, im Falle eines ungünstigen Verlaufs, Ansprüche Dritter ergeben könnten, und er als Verantwortlicher müsse nachweisen,

adäquate Ersatzvornahmen getroffen zu haben. Herr Bürgermeister fragt, ob es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema gebe. Da dies nicht der Fall sei, bitte er um Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt:

- Die Verwaltung wird mit der Einleitung einer verkürzten europaweiten Ausschreibung beauftragt.
- Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, in eine Abstimmung mit der Kommunalaufsicht zur vorzeitigen Freigabe der eingestellten Haushaltsmitteln i.H.v. 650.000€ des Leistungssachkonto 12200100.07120000 zu treten.
- Der Bürgermeister wird ermächtigt, nach erfolgreicher, verkürzter Ausschreibung und Submission einen Kaufvertrag abzuschließen, sofern ein geeignetes Feuerwehrfahrzeug angeboten werden sollte.
- Falls kein geeignetes Fahrzeug angeboten wird, erfolgt die Vergabeentscheidung im Gemeinderat.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	0

7 Mitteilungen

Herr Bürgermeister teilt mit, dass er mehrere Mitteilungen zu machen habe, von denen einige auf eigenen Wunsch und andere auf Bitte erfolgen würden. Zuerst informiert er, dass Herr Schmiedel, ein Mitglied der SPD-Fraktion, ihm die Niederlegung seines Mandates überreicht habe. Herr Schmiedel habe darum gebeten, mitzuteilen, dass er aus persönlichen Gründen mit sofortiger Wirkung sein Mandat im Gemeinderat niederlege. Er danke jedoch für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und wolle Riegelsberg weiterhin verbunden bleiben. Des Weiteren weist Herr Bürgermeister darauf hin, dass der kommende UBLV mangels Tagesordnungspunkten abgesagt worden sei. Abschließend gibt er bekannt, dass, obwohl keine Zusage aus dem Förderprogramm Sportstätten vorliege, eine Genehmigung aus dem EFRE zur vorzeitigen Maßnahmenbeginn für die Sanierung der Turnhalle in der Lindenschule erteilt worden sei. Über die Sommerferien solle der Bauboomer eingeschaltet werden, um sicherzustellen, dass die Nachmittagsbetreuung an der Ellerschule sowie die Turnhalle Lindenschule inklusive Toiletten und Sanitäreinrichtungen vollständig ertüchtigt würden.

8 Verschiedenes

Herr Bürgermeister fragt, ob es Mitteilungen unter dem Punkt Verschiedenes gebe.

Herr Joachim Schild-Schröder weist darauf hin, dass die Verkehrssituation an der Ampel Lampennester Straße Ecke Russenweg sehr kompliziert sei, insbesondere während des Berufsverkehrs am Morgen. Er habe bereits in einer früheren Sitzung darauf hingewiesen und schlägt vor, die Ampelschaltung zu verändern. Es gehe um eine Anpassung von etwa 5 bis 10 Sekunden, sodass die Ampel aus Richtung Saarbrücker Straße, von oben aus der Ortsmitte kommend, etwas früher auf Rot schalte.

Dies solle verhindern, dass der Bereich zwischen den beiden Ampeln sowie die Lampennester Straße und die Ausfahrt regelmäßig zugestellt werde, wodurch keine Fahrzeuge mehr ein- oder ausfahren könnten. Ziel sei es, durch die frühere Schaltung der Ampel den Weg für den Verkehr frei zu halten.

Herr Bürgermeister dankt für den Hinweis und schlägt vor, das Luftbild der Gesamtkreuzungssituation per E-Mail zu versenden. Er bittet darum, dass daraufhin eine Rückmeldung erfolgt, um welche Ampel es sich genau handelt. Herr Bürgermeister sagt, dass dies dann an den LFS weitergegeben werde.

Herr Frank Schmidt führt aus, dass er in einer der vorherigen Sitzungen bereits über einen Anwohner in der Bückenweg 20 berichtet habe. Dieser Anwohner kontaktiere ihn ständig, da er festgestellt habe, dass in seiner unmittelbaren Nachbarschaft überall neue Bäume gepflanzt würden und beim nur ein Baumstumpf stehe. Herr Schmidt habe dem Anwohner bereits mitgeteilt, dass er das Anliegen weitergegeben habe, wolle jedoch erneut daran erinnern.

Herr Bürgermeister dankt für den Hinweis und erklärt, dass er dem Thema sehr nahe sei, da im Bauhof aktuell noch Bäume stehen, die seit anderthalb Wochen auf das Pflanzen warteten. Er führt aus, dass das Problem darin bestehe, dass die Baumstümpfe zunächst entfernt werden müssten, was mit dem herkömmlichen Bagger nicht möglich sei. Man warte auf die Auslieferung eines Spezialgeräts, eines kleinen Baggers mit einer Fräse, und er hoffe, dass dies in den nächsten zwei Wochen erledigt sein werde.

Vorsitz:

Schriftführung:

Benjamin Schmidt

Anna Bossmann

Die unterzeichnenden Mitglieder (siehe Unterschriftenblätter).

Ende der Sitzung: 19:24 Uhr